



Mildbader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Postbezogenen im Inlande monatlich 1,76 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Großdruck Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Feudenbürg Zweigstelle Wildbad. — Postkonto: Enztalbote Gabel & Co., Wildbad; Wörthheimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postkontonummer 20174 Stuttgart.
Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile ober oder unter dem Raum im Betrag 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Kleinzettel 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Ausnahmefällen werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beiziehung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg.
Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Gatz, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 85, Telefon 479. — Wohnung: Haus Bollmer.

Noch schwerere Belastung durch den Hooverplan

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen des technischen „Hoover-Ausschusses“ in London berichtet der Führer der deutschen Vertretung, Graf Schwerin-Krosigk:

1. Zunächst sind von Deutschland die Zinsen für die Dawes- und die Younganleihe, ferner die sogenannten vermischten Forderungen Amerikas (40 Mill. M.) und die belgischen Ansprüche aus dem sogenannten Martabkommen mit 20 Mill. M. auch im Hoover-Festjahr weiterzuzahlen. Dies macht insgesamt den Betrag von 200 Millionen Mark aus.

2. Weiterzuzahlen sind ferner an die Tributbank die „ungeschützten Jahresleistungen“ im Betrag von 600 Millionen Mark; diese werden allerdings auf einem Umweg dem Reich wieder zugeführt, indem die Reichsbahn für diesen Betrag Schuldverschreibungen an die Tributbank übergibt. Dadurch wird zwar das Reich praktisch der Bezahlung für dieses Jahr enthoben, dafür wird aber die Reichsbahn wieder Pfandgegenstand für die Gläubigermächte bezw. die Tributbank, wie sie es unter dem Dawesplan war. Die Befreiung der Reichsbahn von diesen Fesseln war ja beim Abschluss des Young-Abkommens als besonders wünschenswert betrachtet worden.

3. Die übrigen Tributzahlungen in Höhe von 1.593.676.276 Mark werden für das Freijahr gestundet, sie werden aber, wie bei einem Zahlungsausschub nach dem Youngplan, als unauffschiebbar erklärt und sind ab 31. Juli 1933 in 10 Jahren in gleichen Teilbeträgen nachzuzahlen und vom gleichen Tage ab zu etwa 3 v. H. zu verzinsen. In dieser Frage ist indessen die entscheidende Stellungnahme des amerikanischen Parlaments noch abzuwarten.

Es sind somit in den dreieinhalbwöchigen Verhandlungen des Ausschusses folgende Vereinbarungen getroffen worden:

Grundsätzlich ist im laufenden Jahr bis zum 30. Juni 1932 die Verpflichtung Deutschlands zur Weiterleistung von Barzahlungen mit rund 200 Millionen Mark festgesetzt worden. Die Reihenfolge dieser Verpflichtungen ist: erstens die Verzinsung der Dawes-Anleihe, zweitens die Verzinsung der Young-Anleihe, drittens die amerikanischen „vermischten Forderungen“ (40 Mill. M.) und viertens das Martabkommen mit Belgien (20 Mill. M.).

Auf zehn Jahre, vom 1. Juli 1933 an, werden rund 1594 Millionen Mark gestundet, darunter die unbedingte Leistung der Reichsbahn von 600 Mill. M. Zur Ablösung der am ersten Tag jedes Monats zu leistenden Barzahlungen von 55 Mill. M. dieser Annuität stellt die Reichsbahn 15 Tage zuvor Guthabeneinlagen aus, gegen die von der BIZ eine entsprechende Gutschrift der buchmäßig angewiesenen Barleistungen zugunsten des Reichs erfolgt. Damit wird die Reichsbahn, wenigstens auf elf Jahre, neuerdings zum Entscheidungspfad, wenn auch nicht im Ausmaß des Dawes-Plans, von 11 Milliarden Mark. Die Guthabeneinlagen sind in zehn gleichen Raten vom 1. Juli 1933 an zum Nennwert zu tilgen, kommen als Börsenpapiere nicht in Frage und werden vermutlich mit einem Zinsfuß von 3 v. H. ausgestattet. Die genaue Höhe des Zinsfußes richtet sich „vorbehaltlich der Genehmigung der auf Grund des Hoover-Plans erforderlichen Beträge durch den amerikanischen Kongress“ nach der durchschnittlichen Verzinsung der amerikanischen Bundesanleihen im letzten Jahr.

Auch die bedingten Leistungen von 933 Mill. Mark jährlich sind in bezug auf Verzinsung und Tilgung den Reichsbahnleistungen gleichgestellt, obwohl formale Schuldverschreibungen nicht vorgesehen sind. Weder die Verzinsung der Reichsbahn-Guthabeneinlagen noch der darüber hinaus erforderlichen zehn Jahresraten darf zurückgestellt werden.

Was die Sachlieferungen anlangt, so hat man sich geeinigt, nur die bei der BIZ verfügbaren Guthaben der Reparationsgläubiger aufzubrauchen, und zwar zunächst für schon eingegangene Aufträge und dann, falls sich Ueberschüsse ergeben, für zusätzliche neue Lieferungen. Das Reich ist nicht verpflichtet, neue Mittel für Sachlieferungen zu stellen, doch sind zur Regelung von besonderen Fällen Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen vorgezogen.

Südslowenien hat vorläufig nicht unterzeichnet. Es hat erklärt, daß die getroffene Regelung seinen Haushalt, sowie seine Währung in Unordnung bringe. Gegebenenfalls soll Südslowenien im Rahmen des amerikanisch-französischen Abkommens durch eine gesonderte Kreditaktion unterstützt werden. Eine etwaige weitere Verpflichtung für Deutschland besteht nicht.

Die dem Reichskanzler nahestehende „Germania“ kommt zu dem Schluß: nach dem Vorkauf des Londoner Ueberschusses sollen der einjährigen Erleichterung des deutschen Haushalts nur noch schwerere Belastungen folgen. Daraus ergebe sich, daß das letzte Wort in der Tributfrage noch nicht gesprochen sei. Das Blatt hofft, daß

Tagespiegel

Reichsminister Dr. Curtius hat einen kurzen Erholungsurlaub angetreten.

Die Verhandlungen der Sozialdemokratie mit den zuständigen Reichsstellen über Abänderung der Juni-Notverordnung betr. Einschränkungen in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung, Staffelung der Gehaltskürzung und Umbau der Krisensteuer haben am Mittwoch begonnen.

Auf die dringende Bitte der österreichischen Regierung um finanzielle Hilfe durch den Völkerbund wird das Völkerbundsekretariat zwei Sachverständige, den französischen Untergeneralsekretär Avenol und den Leiter der Finanzabteilung des Sekretariats, den Engländer Loveday, nach Wien senden, um die Finanz- und Wirtschaftslage in Oesterreich zu prüfen. Es handelt sich insbesondere um die Frage, ob der von der Bank von England bei der Hilfeleistung für die zusammengebrochene Oesterreichische Kreditanstalt im Juni d. J. übernommene Kredit von 150 Millionen Schilling Sachanweisungen auf den internationalen Geldmärkten untergebracht und damit der Kredit für Oesterreich wieder flüssig gemacht werden kann.

Wie aus Belgrad gemeldet wird, erwartet man die Aufhebung der Diktatur auf den 16. August, den 10. Jahrestag der Thronbesteigung des Königs. Man bemüht sich, eine „Staatspartei“ zu gründen, die die von der Diktatur festgelegte Richtung der „nationalen und staatlichen Einheit“ zu übernehmen hätte.

auch bei dem bevorstehenden Besuch Davals und Briands in Berlin die Schuldenfrage zur Sprache komme.

Washington über das Londoner Abkommen

Washington, 12. August. In dem vom Staatsdepartement über das gestern in London unterzeichnete Abkommen ausgegebene Resumé wird zum Schluß wörtlich angeführt: „Die Ratifizierte und das Protokoll erstrecken sich auf Fragen, die zwischen europäischen Regierungen schweben. Es liegt daher für die amerikanische Regierung kein Grund vor, sich an dem Bericht zu beteiligen oder das Protokoll zu unterzeichnen. Die Regierung ist befriedigt vom Fortschritt, den die praktische Verwirklichung des vom Präsidenten Hoover am 20. Juni angeregten Stundungsplans gemacht hat.“

Vor wichtigen Entscheidungen

Sammlung aller positiv schaffenden Kräfte

Berlin, 12. August. Der geschäftsführende Vorstand der Zentrums-partei ist heute vormittag hier zusammengetreten. An der Sitzung nahmen auch die Zentrumsminister der preussischen Regierung teil. Wie verlautet, kam u. a. der Volksentscheidsauftrag der preussischen Regierung zur Sprache, mit dem die Partei keineswegs einverstanden ist. Ueberhaupt soll die Partei mit der Haltung der Regierung nicht mehr einverstanden sein, wie denn die „Germania“ nach dem Volksentscheid schrieb, der Aufruf, mit dem die preussische Regierung die Grenzen der Notverordnung überschritten habe, sei politisch unklug gewesen; leider scheine es eine Gewohnheit der Regierung geworden zu sein, in solchen Lagen eine unglückliche Hand zu haben.

Andererseits ist in Zentrumskreisen die überhebliche Sprache, in der die sozialdemokratische Presse, besonders der „Vorwärts“, das Ergebnis des Volksentscheids besprochen und die sozialdemokratische Partei als „alleinigen und wahren Sieger“ hinstellte, über vermerkt worden. Es wurde ausgesprochen, die Soz. Partei wolle ihre weitere Unterstützung der Regierung Brünning an Forderungen knüpfen, die für das Zentrum unerträglich würden. Dazu kommt, daß das Ergebnis des Volksentscheids tatsächlich für die Weimarer Koalition keine günstigen Aussichten für die nächsten Wahlen eröffnet hat. Wie man vermutet, soll auch in der Beratung des Parteivorstands in Erwägung gezogen werden sein, ohne Abgabe an die Sozialdemokratie auch andere, bisher abseits stehende Kräfte zur staatspolitischen Arbeit mit heranzuziehen.

In seiner Rede bei der Verfassungsfeier im Reichstag hat Reichskanzler Dr. Brüning die Mahnung ausgesprochen, daß alle aufbaufähigen und eingliederungsbereiten Kräfte zusammengefaßt und zur Ueberwindung der Räte und Gefahren dieser Lage eingesetzt werden müssen. Dieses Wort kann wohl nur so gedeutet werden, daß der Kanzler die Absicht hat, die parteipolitischen Grundlagen des Kabinetts für die in Aussicht genommene Winterarbeit nach rechts auszuweiten. Dabei soll nicht an eine Verschiebung des koalitionsmäßigen Unterbaus des Kabinetts gedacht sein. Sehr wahrscheinlich ist, daß der Parteivorstand des Zentrums sich gerade auch mit dieser Frage beschäftigt hat. Es würde sich also zunächst darum handeln, daß die in Betracht kommenden Parteien unter sich einen innerpolitischen, einen Bürgerfrieden schließen, um unter Ausscheidung parteipolitischer

Gegenläge den Weg zu einer Sammlung aller positiv schaffenden Kräfte frei zu machen.

Bekanntlich hat kürzlich der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Hugenberg, eine lange Unterredung mit dem Reichspräsidenten gehabt, als deren Folge eine weitere Unterredung Hugenberg mit dem Reichskanzler erwartet wird. Vermutlich ist die Sammlung aller schöpferischen Kräfte, deren Verwirklichung durchaus im Sinn Hindenburgs läge, damals Gegenstand der Unterhaltung gewesen.

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung

Ueber die Pläne, die im Reichskabinet zur Abwicklung der Krise beraten werden, berichtet die „Köln. Ztg.“ unter Vorbehalt: Im Vordergrund steht die Beseitigung des Fehlbetrags in der öffentlichen Wirtschaft, den man durch neue scharfe Sparmaßnahmen bei Reich, Ländern und Gemeinden beseitigen will. Dabei wird es auch ohne Abbau der öffentlichen Aufgaben nicht abgehen. Eine besondere Sorge sind die kurzfristigen Gemeindeforderungen, die zum Teil wenigstens an der letzten Bankkrise schuld sind. Hier will man über die gewerblichen kommunalen Betriebe mit Hilfe der Hypothekendarlehen zum Ziel kommen. Die Hauszinssteuer soll, wie schon bekannt ist, abgebaut werden. Das wird dadurch erleichtert, daß ihr Ertrag auf die Hälfte etwa zurückgegangen ist. Man schätzt das Auskommen für das laufende Haushaltsjahr auf höchstens 850 Millionen Mark. Die öffentliche Finanzierung des Wohnungsbaus müßte dann allerdings aufgegeben werden. Die finanziellen Schwierigkeiten der Länder, die durch den Abbau der Hauszinssteuer entstehen, würden zum Teil dadurch gemildert, daß die Zuschüsse an die Bauwirtschaft wegfallen. Außerdem denkt man daran, die Umsatzsteuer zu erhöhen, wodurch die Länder erhöhte Ueberweisungen bekämen. Andererseits besteht die Absicht, die Gewerbesteuer und vielleicht auch die Einkommensteuer zu ermäßigen. Die Einstellung der öffentlichen Wohnungsbaufinanzierung soll durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm am Arbeitsmarkt ausgeglichen werden, an dem in erheblichem Maß wieder die Reichsbahn, die Reichspost und der Straßenbau beteiligt sein sollen. Der Abbau der Hauszinssteuer soll in vollem Umfang einer erheblichen Mietensenkung zugute kommen, die wiederum eine weitere Unkostenentlastung der Wirtschaft ermöglichen würde.

Im übrigen ist man sich auch in der Wirtschaft darüber im klaren, daß ein Teil der Löhne und Gehälter ungenügend ist und daß die Auflockerung der Lohnbindungen Grenzen hat, daß man vor allem für lebenswichtige Betriebe die Schlichtung nicht entbehren kann. Ebenso können nicht farteilmäßige Preisbindungen ohne weiteres beseitigt werden, schon deshalb nicht, weil man sonst mit dem Ausland nicht paktieren kann. Das Wirtschaftsprogramm soll stufenweise verwirklicht werden.

Neue Nachrichten

Mißbrauch der Presse-Notverordnung

Berlin, 12. Aug. Im Zusammenhang mit aufsehenerregenden Vorfällen in der Provinz Hannover (Oberpräsident Koste), wo Presseemendationen zufolge die örtlichen Polizeiverwaltungen in mehreren Städten eine Zensur bei den dort erscheinenden Zeitungen ausgeübt haben, um eine Antwort der betreffenden Zeitungen auf die Abgebung der preussischen Regierung zu verhindern, hat der Reichsinnenminister die preussische Regierung gebeten, die Vorkommnisse zu untersuchen und sich zu äußern. Die Presse-Notverordnung enthält, wie ausdrücklich betont wird, keinerlei Bestimmungen, aus denen ein Recht auf eine solche Zensur hergeleitet werden kann.

Eine Entschuldigung des Stahlhelm

Berlin, 12. Aug. In der Zeitschrift „Der Stahlhelm“ Nr. 23 vom 14. Juni 1931 war auf der letzten Seite ein Bild erschienen, das unter der Ueberschrift „Am Ende“ zwei Personen zeigt, die lächelnd aus dem Körper des deutschen Michels für Reparationszwecke Blut entzupfen. Von den beiden Personen soll die eine den Reichskanzler darstellen. Von diesem Bild ist die Leitung des Stahlhelm in Nr. 30 des „Stahlhelm“ vom 26. Juli 1931 abgerückt, indem sie in dem Blatt mittelt: „Die Bundesleitung hat diese Zeichnung mißbilligt und dem Herrn Reichskanzler diese Mißbilligung zur Kenntnis gebracht.“

In dem an den Herrn Reichskanzler gerichteten Schreiben vom 16. Juli 1931 hat der Herr Bundesführer sich wegen des Vorkommnisses entschuldigt und zum Ausdruck gebracht, daß der Stahlhelm nicht wünsche, irgendein Mitglied des Kabinetts zu verunglimpfen.

Kampfbund gegen Polizei und Faschismus in Aachen

Aachen, 12. August. Von Beamten der Landeskriminalpolizei Aachen sowie der Ortspolizeibehörden von Esch

